

Mit Bologna in die Zukunft

Ein Plädoyer für die Fortführung der Reform

| HOLGER BURCKHART | Die Bologna-Reform mit der Einführung der Bachelor- und Masterabschlüsse, der Kompetenzorientierung des Studiums und des ECTS-Systems hat die Hochschulen grundlegend verändert und heftige Kritik bei Studenten und Hochschullehrern hervorgerufen. Eine Analyse und ein Plädoyer für die Fortführung der Reform.

Bie Bologna-Reform ist kein deutsches Projekt, sondern ein genuin europäisches. Ende der 1990er Jahre hatte sich in fast allen europäischen Hochschulsystemen ein gewisser Leidensdruck aufgebaut, nach Jahren und Jahrzehnten vergeblicher nationaler Reformbemühungen: zu lange Studienzeiten, hohe Abbruchquoten, hohe Arbeitslosigkeit unter Hochschulabsolventen (wenn auch nicht in Deutschland), schwache internationale Attraktivität, usw. Es wurde klar, dass rein nationale Reformbemühungen gerade in einem Bereich wie den Hochschulen, die ihrem ganzen Wesen nach international ausgerichtet waren, unzeitgemäß geworden waren. Dies erklärt die große Dynamik und Aufbruchsstimmung, die die Bologna-Konferenz 1999 erzeugte: Den beteiligten Staaten wurde klar, dass es für die vermeintlich rein nationalen Probleme ihrer Hochschulsysteme erfolgversprechende europäische Lösungsansätze gab. Hätte es „Bologna“ nicht gegeben, hätten sich die europäischen Hochschulen auf andere Weise dem zunehmend globalen Reformdruck stellen müssen.

»Die Umsetzung der Reformziele litt von Anfang an an mehreren Defiziten.«

Richtig ist allerdings auch, dass die Umsetzung der Reformziele von Anfang an an mehreren Defiziten litt:

Erstens an fehlender Akzeptanz in den Hochschulen. Bologna war zuerst eine Initiative europäischer Regierungen (wenn auch nicht der EU-Bürokratie, wie häufig unterstellt). Hochschulen waren bei der Konferenz 1999 nur als Zaungäste zugelassen, ebenso wie die Studierenden. Erst seit 2001, dem Jahr der ersten Folgekonferenz in Prag, saßen Hochschulverbände – wie die so-

eben gegründete European University Association – und Studierendenverbände mit am Verhandlungstisch, wenn auch mit Beobachterstatus. Diese Genese erklärt jedenfalls, warum der Reformprozess bis zum heutigen Tage bei den Hochschullehrerinnen und -lehrern, ebenso wie bei den Hochschulverwaltungen, an einem Legitimationsdefizit leidet, völlig ungeachtet der eigentlichen Reforminhalte, die mittlerweile von vielen geteilt werden.

Zweitens wurde der Prozess von Beginn an mit zusätzlichen Zielen

überfrachtet, auch und gerade in Deutschland. Seine Umsetzung war nur scheinbar wenig aufwendig und wurde durch vielfältige individuelle Interessen zusätzlich erschwert. Zwar haben die deutschen Hochschulen seit dem Beginn des Bologna-Prozesses enorme Veränderungen in Form und Inhalt ihrer Studienprogramme vorgenommen und erhebliche Verbesserungen erzielt – dies ist umso bemerkenswerter, als sowohl die Lehrenden wie auch die Verwaltungen von der Politik, auf deren Initiative der Prozess ja zurückging, völlig unzureichend unterstützt wurden. Allerdings wurden die durch „Bologna“ eröffneten Spielräume zu wenig genutzt und oft durch Bürokratie, Detailsteuerung und nicht immer geglückte Umsetzung wieder eingeengt. Dies gilt einerseits für die oft unnötig detaillierten internen und externen Vorgaben für die Gestaltung von Bachelor- und Masterstudiengängen und für die Qualitätssicherung, Stichwort Ländergemeinsame Strukturvorgaben der KMK, ganz zu schweigen von den landesspezifischen Vorgaben.

Es gilt andererseits auch für Fehlentwicklungen auf der operativen Ebene, die innerhalb der Hochschulen selbst verursacht wurden. Einer von der HRK in Auftrag gegebenen Studie zufolge identifizieren sich Lehrende an deutschen Hochschulen mit den inhaltlichen Zielen der Bologna-Reform, sehen aber Nachbesserungsbedarf bei der tatsächlichen Umsetzung. Dabei liegen viele der beanstandeten Punkte, wie etwa die ungenügende Studierbarkeit der Programme, in ihrer eigenen Zuständigkeit.

Drittens wurde die Akzeptanz der Reform in Deutschland erheblich erschwert durch die eher zufällig stattfindende Einführung von Studienbeiträgen

AUTOR

Professor **Holger Burckhart** ist Rektor der Universität Siegen und Vizepräsident der Hochschulrektorenkonferenz für Lehre, Studium, Lehrerbildung und Lebenslanges Lernen.





Foto: picture-alliance

in mehreren Bundesländern. Das stärkte bei Studierenden wie bei vielen Lehrenden den negativen Gesamteindruck, dass es sich bei der Bologna-Reform um ein neoliberales Komplott handele, das auf eine völlige Kommerzialisierung der Hochschulbildung ziele.

Um mehr Klarheit in die oft unübersichtliche Diskussionslage rund um Bologna zu bringen, hat die HRK vor einigen Monaten Handlungsempfehlungen formuliert, die sich an alle Ebenen und Einheiten der Hochschule richten und aus denen ich einige Punkte anführen will.

Mobilität und Anerkennung

Während die Umstellung auf die gestufte Studienstruktur, von den Staatsexamensstudiengängen abgesehen, weitgehend abgeschlossen ist, bleibt die Realität hinsichtlich der studentischen Mobilität noch hinter den Erwartungen zurück. Dies liegt auch an nach wie vor bestehenden Unsicherheiten bei der Anerkennung, bei deren Klärung den Hochschulen eine besondere Verantwortung zukommt. Um das rechtliche Hauptinstrument für die Anerkennung, die „Lissabon-Konvention“, an den Hochschulen bekannter zu machen und ihnen bei der Umsetzung der Konventi-

on zu helfen, hat die HRK im Juli 2013 einen entsprechenden Leitfadentext vorgestellt. Auch in dem seit Juli 2014 laufenden, BMBF-geförderten Projekt „nexus – Übergänge gestalten, Studienerfolg verbessern“ wird die Umsetzung der Lissabon-Konvention einer der Schwerpunkte sein.

Gestaltung der Studiengänge und KMK-Strukturvorgaben

Bologna-Kritiker verweisen oft auf die hohe Übergangsquote vom Bachelor zum Master als Beleg für das Scheitern der Reform.

Studierende, die unmittelbar an ihr Bachelorstudium ein Masterstudium anschließen, schlagen diesen Weg nicht immer aus Interesse an einer wissenschaftlichen Karriere ein, sondern weil sie den Bachelor nicht für einen vollwertigen Abschluss halten. In der Regel handelt es sich hierbei um eine Fehleinschätzung, die auch auf die Unwissenheit mancher Hochschullehrerinnen und -lehrer zurückgeht.

Die HRK erinnert deshalb daran, dass Bachelorprogramme polyvalent gestaltet sein müssen und den Studierenden mindestens drei Wege eröffnen sollten: 1) vertiefende Masterstudien in derselben Fachrichtung, 2) den Wechsel

Universität zu Köln

in affine, aber themendifferente Master oder aber 3) den Einstieg in eine Beschäftigungslaufbahn innerhalb oder außerhalb der Hochschule.

Zwar spricht sich die HRK für die Flexibilisierung der ländergemeinsamen KMK-Strukturvorgaben sowie für die Abschaffung der landesspezifischen Vorgaben aus, weil diese den Handlungsspielraum der Hochschulen in unnötiger Weise beschränken.

Allerdings ist es nicht Folge der Strukturvorgaben, dass viele Bachelorprogramme heute oft so spezialisiert sind, dass sie lediglich ein Studium in einem direkt daran anknüpfenden Masterprogramm ermöglichen und so „vertikale“ Mobilität erschweren. Die vielfältigen Möglichkeiten bei der Gestaltung von Studiengängen werden von den dafür in den Hochschulen Zuständigen nicht gezielt genutzt. Statt dessen dominiert immer noch die konsekutive Anordnung von Bachelor- und Masterprogrammen.

Bildung versus Ausbildung

Die Bologna-Kritik macht sich häufig an dem vermeintlich durch die Reform ver-

ursachten Qualitätsverlust der hochschulischen Bildung fest. Ich halte diese Diskussion, die den Bildungsauftrag der Hochschulen in Opposition zu den Erwartungen des Arbeitsmarkts stellt, für irreführend. Zum einen ist es eine unbestreitbare Tatsache, dass ein Hochschulstudium, unabhängig von Hochschultyp und Studienfach, auf wissenschaftlichem Niveau „auf eine berufliche Tätigkeit“ vorbereiten soll – alle Landeshochschulgesetze enthalten eine entsprechende Formulierung. Zugleich verlangt „Bologna“ keinesfalls, dass vor allem die Bachelor-Programme notwendigerweise auf einen bestimmten Beruf vorbereiten sollten. Je nach Hochschultyp und Fächerkultur wird eine solche „akademische Berufsqualifizierung“ einmal mehr, einmal weniger im Vordergrund stehen. Unabdingbar ist hingegen die grundsätzliche Beschäftigungsfähigkeit aller Absolventen, auch der Bachelors, denn sonst verliert die gestufte Studienstruktur einen ihrer wesentlichen Vorzüge.

Dies steht keinesfalls im Widerspruch zu dem Grundsatz, dass die wissenschaftliche Bildung und Qualifizierung der Absolventen die oberste Priorität der Hochschulen sein muss, welche die Verantwortung für die Gestaltung von Studium und Lehre tragen.

Studierende: Die neue Vielfalt

Es ist vermutlich ein eher zufälliges zeitliches Zusammentreffen mit „Bologna“, dass sich in den vergangenen Jahren die Zusammensetzung der Studierendenschaft stark verändert hat. Auf alle Fälle führte dies dazu, dass die Lehre in früher nicht gekannter Weise ins Zentrum hochschulpolitischer Debatten rückte: Wie können Hochschulen mit den Chancen und Herausforderungen einer zunehmend heterogenen Studierendenschaft umgehen?

Erforderlich ist eine intensive Beratung für Studieninteressenten und Studierende, eine Flexibilisierung der Studienbedingungen, der Studiengeschwin-

digkeit, der Lehr- und Prüfungsformen sowie des Übergangs vom Bachelor in den Master. Um die Hochschullehrer in dieser Situation nicht allein zu lassen, sollten ihnen Angebote zur didaktischen Weiterbildung im Umgang mit studentischer Diversität gemacht werden.

Finanzierung

All das kostet Geld. Es hat der „Bologna“-Idee sehr geschadet, dass die Bachelorstudiengänge zumindest in den Anfangsjahren von politischer Seite, gerade von den Finanzministern, als Sparmodell gesehen wurden. Mittlerweile ist längst klar geworden, dass dies nicht stimmt, ja, dass „Bologna“ sich nicht einmal kostenneutral realisieren lässt: Wir reden über bessere Lehre und intensivere Beratung und Betreuung, und das ist teuer. Leider drückt sich der höhere Stellenwert für die Lehre bislang noch nicht in einer entsprechend gesteigerten Grundfinanzierung aus. Nach den Berechnungen des Wissenschaftsrats ist es speziell für diese Aufgabe erforderlich, dem Hochschulsystem insgesamt ca. 1,1 Mrd. Euro p. a. zusätzlich zur Verfügung zu stellen.

Der von Bund und Ländern eingeschlagene Weg der projektbasierten Finanzierung kann diese Lücke nicht schließen, denn diese Mittel sind nicht verlässlich einzuplanen und sind zudem eine Detailsteuerung, die der Hochschulautonomie widerspricht. Deshalb fordert die HRK Bund und Länder auf, ihrer Verpflichtung nachzukommen, durch eine ausreichende Grundfinanzierung für gute Bedingungen für Studium und Lehre zu sorgen sowie das Kapazitätsrecht zu überarbeiten.

Bilanz

Viele der Herausforderungen, vor denen die deutschen Hochschulen stehen, sind nicht primär durch Bologna verursacht: rasch steigende Studierendenzahlen, Neuausrichtung von Lehre, Lernen und Prüfen, zunehmend differenzierte Erwartungen seitens der Studierenden an Studienangebote und -bedingungen etc.

Ich bin vielmehr davon überzeugt, dass erst der vor über zehn Jahren begonnene grundlegende Umbau von Studium und Lehre unsere Hochschulen in die Lage versetzt, mit diesen Herausforderungen umzugehen – vorausgesetzt, sie erhalten die dazu erforderliche Grundfinanzierung und den nötigen Gestaltungsspielraum.

Anzeige

FÜR FORSCHUNG & TECHNIK



TRANSPORTKOFFER VON NOVO

**Wasserdicht.
Schlagfest.
Strapazierfähig.**

In mehr als 25 Varianten



NOVO GmbH
Lieselingsweg 102-104
53119 Bonn · Germany
Tel. 0228 98984-0
Fax 0228 98984-99
info@novo.de · novo-shop.de

In Bonn. Aus Bonn. Für Bonn.